Vermessungsgesetz (VermG)

vom 24. April 1994¹

Die Landsgemeinde des Kantons Appenzell I. Rh.,
in Vollzug der Verordnung über die amtliche Vermessung vom 18. November 1992
(VAV) sowie gestützt auf Art. 20 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermo-
nat 1872,²

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

¹Als amtliche Vermessungen gelten die zur Anlage und Führung des Grundbuches
vom Bund anerkannten Vermessungen.

Begriff und
Zweck

²Die Daten der amtlichen Vermessung dienen als Grundlage für den Aufbau und
Betrieb von Landinformationssystemen (LIS) und können für öffentliche und private
Zwecke verwendet werden.

Art. 2

¹Die Standeskommission bestimmt das Departement, welches für Organisation,
Konzepte und finanzielle Angelegenheiten bei der Ausführung der amtlichen Ver-
messung zuständig ist.

Zuständigkeiten

²Die weiteren Zuständigkeiten und die Aufgaben des Departementes werden auf
dem Verordnungswege geregelt.

Art. 3

¹Die Nutzniesser* der Daten der amtlichen Vermessung sind Dauerbenützer und
gelegentliche Benützer.

Nutzniesser der
Daten der amtli-
chen Vermes-
sung

²Dauerbenützer sind Kanton, Bezirke und Feuerschaugemeinde Appenzell, öffent-
lichrechtliche Körperschaften und ähnliche Organisationen sowie juristische oder
natürliche Personen, welche regelmässig und grossflächig Daten der amtlichen
Vermessung nutzen und/oder zur Dokumentation eigenwirtschaftlicher Tätigkeiten
benützen.

¹ Mit Revisionen vom 30. April 2000, 27. April 2003 und 25. April 2010.

² Titel und Ingress abgeändert durch LdsgB vom 27. April 2003.

* Die Verwendung der männlichen Bezeichnungen gilt sinngemäss für beide Geschlechter.

³Gelegentliche Benützer sind öffentlich-rechtliche Körperschaften und ähnliche Organisationen sowie juristische oder natürliche Personen, welche gelegentlich Auszüge der amtlichen Vermessung für den Geschäftsverkehr mit der öffentlichen Verwaltung oder für gewerbliche Zwecke benützen.

Art. 4

Vermessungs-
aufsicht

Die Standeskommission legt zusammen mit der vom Bund vorgesehenen Dienststelle fest, welche Aufgaben gemäss Art. 42 VAV und gemäss Art. 2 dieses Gesetzes vom Bund übernommen werden.

Art. 5

Zutritt; Entfer-
nung von Ge-
genständen;
Schutz der Fix-
punkte

¹Die mit der amtlichen Vermessung beauftragten Personen können Liegenschaften und Gebäude betreten, sowie Pflanzen oder andere Gegenstände vorübergehend versetzen oder entfernen.

²Ihnen stehen nötigenfalls die Polizeiorgane des Bezirks oder des Kantons zur Verfügung.

³Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die Errichtung, die Sicherung und den Unterhalt von Fixpunkten auf ihrem Grundeigentum unentgeltlich zu gestatten. Die Fixpunkte dürfen weder beseitigt noch verrückt oder beschädigt werden.

⁴Wer Fixpunkte widerrechtlich beseitigt, verrückt oder beschädigt, hat die Wiederherstellung zu veranlassen und haftet für jeden Schaden. Der Nachführungsgeometer erlässt die Kostenverfügung.

II. Erneuerung und Nachführung

Art. 6¹

Aufgaben des
Kantons

¹Dem Departement obliegt die Durchführung der öffentlichen Auflage im Sinne von Art. 28 VAV.

²Die Standeskommission erlässt besondere Regelungen für den Geschäftsverkehr zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch.

Art. 7

Nachführungs-
geometer

¹Der Kanton bildet für die Nachführung einen Vermessungskreis.

²Die Standeskommission bestimmt den patentierten Ingenieur-Geometer für die Nachführung der amtlichen Vermessung und schliesst mit ihm einen Nachführungsvertrag ab.

¹ Aufgehoben (Abs. 3) durch VerwVG vom 30. April 2000. Abgeändert durch LdsgB vom 27. April 2003.

III. Kostentragung

Art. 8

Die Eigentümer der Liegenschaften tragen die Kosten der Vermarkung.

Vermarkung

Art. 9

¹Die Kosten der laufenden Nachführung tragen unter solidarischer Haftbarkeit der Verursacher oder der Eigentümer einer Liegenschaft. Der Nachführungsgeometer erlässt die Kostenverfügung.

Nachführung

²Sofern der Eigentümer nicht kostenpflichtig ist, trägt der Kanton nach Abzug der Bundesbeiträge die Kosten für die Nachführung der Lage- und Höhenfixpunkte 2 sowie der periodischen Nachführung (Art. 24 VAV).

³Die Kompetenz im Sinne von Art. 23 Abs. 2 VAV fällt der Standeskommission zu.

Art. 10¹

Die Kosten für die Erneuerung und den Unterhalt der amtlichen Vermessung trägt der Kanton, unter Vereinnahmung der Bundesbeiträge.

Erneuerung und Unterhalt

Art. 11

Die Kosten für die Sicherung und Haltung der Daten der amtlichen Vermessung trägt der Kanton.

Datensicherung und Datenhaltung

IV. Datenabgabe und Gebührenordnung

Art. 12

¹Die Standeskommission bestimmt, wer Auszüge und Auswertungen der amtlichen Vermessung abgeben darf und erlässt die diesbezüglichen Modalitäten. Vorbehalten bleibt die Verordnung des Bundes über die gesteigerte Nutzung (Art. 39 VAV).

Abgabe der Daten der amtlichen Vermessung

²Für den Bezug von EDV-Daten der amtlichen Vermessung wird eine Gebühr erhoben. Diese beträgt im Rahmen der durch den Grossen Rat zu erlassenden Verordnung bis Fr. 500.— pro ha, wobei die Verordnung für Dauerbenützer und gelegentliche Benützer unterschiedliche Tarife vorsehen kann.

³Die Standeskommission bestimmt, welche grafischen Auswertungen nach einem speziellen Tarif abgegeben werden. Das Departement legt die diesbezüglichen Modalitäten fest.

¹ Abgeändert durch LdsgB vom 25. April 2010 (Inkrafttreten: 1. Januar 2011).

V. Übergangsbestimmungen

1. Übergangsmassnahmen

Art. 13

Begriff und Verantwortung

¹Als Übergangsmassnahmen gelten Vorkehrungen, welche nicht den Anforderungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes genügen, jedoch für den raschen Aufbau von Landinformationssystemen nötig sind.

²Das Departement ist verantwortlich für die Durchführung von Übergangsmassnahmen. Über die Durchführung entscheidet die Standeskommission.

Art. 14

Geltungsbereich

¹Übergangsmassnahmen erstrecken sich jeweils auf ein abgeschlossenes Gebiet.

²Handelt es sich bei den Übergangsmassnahmen um die Numerisierung des bestehenden Vermessungswerkes, so müssen sie in Ergänzung zu den laufenden Arbeiten der Erneuerung und der provisorischen Numerisierung nach Bundesverordnung durchgeführt werden.

³Übergangsmassnahmen dürfen das mit dem Bund vereinbarte langfristige Programm der Vermessungsvorhaben nicht beeinträchtigen.

Art. 15

Kosten der Übergangsmassnahmen

¹Die Kosten allfälliger Übergangsmassnahmen werden durch die beteiligten Dauerbenützer getragen.

²Bevor Übergangsmassnahmen getroffen werden, stellt das Departement deren Finanzierung durch die beteiligten Nutzniesser sicher.

2. Automationsgerechter Übersichtsplan

Art. 16

Übergangsmassnahmen für den Übersichtsplan

Das Departement kann Übergangsmassnahmen treffen, um den bestehenden Übersichtsplan in eine automationsgerechte Form zu überführen.

Art. 17

Kostenträger des Übersichtsplanes

¹Die Dauerbenützer tragen die Kosten beim allfälligen Erstellen eines automationsgerechten Übersichtsplanes.

²Das Departement ist verantwortlich, die Kostenträgerschaft unter den Dauerbenützern für einen automationsgerechten Übersichtsplan sicherzustellen.

VI. Ausführungs- und Schlussbestimmungen

Art. 18

Der Grosse Rat erlässt die zu diesem Gesetz notwendigen Ausführungsbestimmungen.

Ausführungsbestimmungen

Art. 18a¹

¹Arbeiten, die zur Umsetzung der Bundesvorgaben betreffend die Erneuerung der amtlichen Vermessung ausgeführt werden, werden noch bis Ende 2015 nach altem Recht finanziert.

Übergang Entflechtung der Finanzströme

²Beiträge, die das Jahr 2010 oder ein früheres Jahr betreffen, werden noch nach altem Recht bezahlt.

Art. 19²

Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch die Landsgemeinde auf den 1. Januar 1995 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden alle diesem Gesetz widersprechenden Bestimmungen aufgehoben.

Inkrafttreten und Aufhebung bisherigen Rechts

Vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 5. Juli 1994.

¹ Eingefügt durch LdsgB vom 25. April 2010 (Inkrafttreten: 1. Januar 2011).

² Aufgehoben (letzter Teilsatz) durch LdsgB vom 27. April 2003.